

Aufruf zur Demonstration

Studierende und Beschäftigte gemeinsam – gegen Arbeitszeitverlängerung, Studiengebühren und Sozialabbau! Für soziale und demokratische Hochschulen!

Die Situation an den Hochschulen wird sowohl für die Beschäftigten als auch die Studierenden immer prekärer: Um weitere Arbeitsplätze abbauen zu können, fordern die Arbeitgeber Arbeitszeitverlängerung und Lohnverzicht von den Beschäftigten. Gleichzeitig will sich das Land aus der Hochschulfinanzierung zurückziehen und drängt die Universitäten zur Einführung von Studiengebühren. Mit dem so genannten „Hochschulfreiheitsgesetz“ plant die NRW-Landesregierung den Großangriff auf die hochschulinterne Mitbestimmung und Flächentarifverträge. Es droht eine umfassende Privatisierung der Hochschullandschaft. Das alles sind Attacken, von denen Studierende und Beschäftigte gleichermaßen betroffen sind.

In Frankreich haben massive elfwöchige Proteste von Arbeitenden und Studierenden das Gesetz zur Aushebelung des Kündigungsschutzes vorerst gekippt. In Deutschland befindet sich die gemeinsame Interessensvertretung noch in der Aufbauphase. In Bochum haben sich jetzt die studentischen Gruppen und die VertreterInnen der Arbeitenden an der Hochschule zusammengetan, um gemeinsam ein Zeichen gegen Bildungs- und Sozialabbau zu setzen. Mit der Demonstration machen wir deutlich: Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen.

Dass gerade jetzt ein Bündnis aus Arbeitenden und Studierenden entsteht, ist kein Zufall. Durch die Gleichzeitigkeit der Debatten um Ar-

beitszeitverlängerung und Studiengebühren wird klar: Beides sind Seiten derselben Medaille. Immer wieder wird auf die desolote Kassenlage hingewiesen. Nicht erklärt wird, warum die Kassen leer sind und weshalb wir für eine verfehlte Steuerpolitik zur Kasse gebeten werden sollen – während Unternehmen und große Einkommen weiter entlastet werden. Deshalb kämpfen wir gemeinsam für die Beibehaltung der 38,5-Stunden-Woche, für volles Urlaubs- und Weihnachtsgeld, für die Übernahme des „Tarifvertrags öffentlicher Dienst“ und gegen die Einführung von Studiengebühren.

Am Donnerstag, den 27. April wird der Senat der Ruhr-Universität sich mit der Frage beschäftigen, ob an der

RUB Studiengebühren von bis zu 1000 Euro jährlich erhoben werden sollen. Das würde für viele Studierende fatale Folgen haben. Viele würden gezwungen sein, ihr Studium abzubrechen, SchülerInnen würden von der Aufnahme abgeschreckt. Gemeinsam fordern wir ein klares „Nein“ für die Einführung von Gebühren vor Ort. Sie lösen nicht die finanziellen Probleme der Hochschulen, sondern führen zu mehr sozialer Selektion im Bildungsbereich.

Eine grundlegend bessere öffentliche Finanzierung der Hochschulen ist unumgänglich!

Für gerechte Tarifverträge und für eine gebührenfreie Ruhr-Universität!

Mi, 19. April Treffpunkt zur Demonstration: 10 Uhr Forumsplatz Ruhr-Universität (vor Audimax)



Protestkomitee „gegen Studiengebühren“ Ruhr-Uni Bochum

Es rufen auf:



Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft Bezirk Bochum-Herne

Di, 18. April

Forumsdiskussion und Kundgebung:
„Von Frankreich lernen?!“ mit VertreterInnen der Studierenden, der Gewerkschaft und der französischen Protest- und Streikbewegung
12.00 Uhr, Forumsplatz Ruhr-Uni (vor Audimax)

Do, 27. April

Öffentliche Sitzung des Senats RUB
mit der Entscheidung über die Einführung von Studiengebühren
9:30, Ort wird bekannt gegeben – achtet auf Flugblätter!